

**RS OGH 1975/4/29 5Ob36/75,  
6Ob709/85, 8ObA279/98g,  
6Ob152/05d, 2Ob160/10h,  
10Ob20/20v**

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 29.04.1975

## Norm

ABGB §861

ABGB §937

ABGB §991

ABGB §1375 B

## Rechtssatz

1.) Ein Schuldbekenntnis und Zahlungsversprechen ist mangels Vorliegens eines Rechtsgrundes ohne rechtliche Wirkung.

2.) Abgesehen von Ausnahmefällen, bei denen die Rechtsordnung ein Rechtsgeschäft von der Causa löst( Wechsel und andere forderungsrechtliche Orderpapiere, Inhaberschuldverschreibungen, Anweisungen, auch bei der Schuldübernahme, bei der dem Gläubiger gegenüber von dem Verhältnis zwischen dem Urschuldner und dem Schuldübernehmer abstrahiert wird), gibt es keine abstrakten Geldforderungen (SZ 44/108 ua).

## Entscheidungstexte

- 5 Ob 36/75  
Entscheidungstext OGH 29.04.1975 5 Ob 36/75  
Veröff: SZ 48/55 = RZ 1975/92 S 202
- 6 Ob 709/85  
Entscheidungstext OGH 28.08.1986 6 Ob 709/85  
Vgl auch; Beisatz: Die Verpflichtung zur Setzung eines Wechselskripturaktes ist keinesfalls abstrakt und bedarf zu ihrer Gültigkeit eines tauglichen Rechtsgrundes. (T1)
- 8 ObA 279/98g  
Entscheidungstext OGH 12.11.1998 8 ObA 279/98g  
Vgl auch
- 6 Ob 152/05d  
Entscheidungstext OGH 06.10.2005 6 Ob 152/05d  
Auch; Beisatz: Dem österreichischen Recht ist - außerhalb des Wertpapier- und Anweisungsrechts - ein abstraktes Verpflichtungsgeschäft fremd. Abgesehen von den genannten Ausnahmefällen, bei denen die Rechtsordnung ein Rechtsgeschäft vom Rechtsgrund löst, gibt es keine abstrakten Forderungen. Auch ein Schuldbekenntnis ist mangels Vorliegens eines Rechtsgrunds ohne rechtliche Wirkung. (T2)
- 2 Ob 160/10h  
Entscheidungstext OGH 07.04.2011 2 Ob 160/10h  
Vgl; nur: Abgesehen von Ausnahmefällen, gibt es keine abstrakten Geldforderungen. (T3); Auch Beis wie T2 nur: Dem österreichischen Recht ist ein abstraktes Verpflichtungsgeschäft fremd. (T4)
- 10 Ob 20/20v  
Entscheidungstext OGH 24.11.2020 10 Ob 20/20v  
Beis wie T2; nur: Ein abstraktes Verpflichtungsgeschäft ist dem österreichischen Recht – außerhalb des Wertpapier- und Anweisungsrechts – grundsätzlich fremd. (T5)  
Beisatz: Hier: Kläger sollte durch Garantie des Beklagten zu einer bestimmten Tätigkeit – Depotzahlung aus eigenem Vermögen für eine GmbH – animiert werden = ausreichende causa für eine zweipersonale Garantie. (T6)

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1975:RS0014027

## Im RIS seit

15.06.1997

## Zuletzt aktualisiert am

25.01.2021

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)